



KOLUMNE

Trotz tiefer Wahlbeteiligung wäre ein Stimmbligatorium falsch

Monika Bütler

28.10.2023, 21.45 Uhr

Die Beteiligung an den nationalen Wahlen fiel mit 46,6 Prozent etwas weniger tief aus befürchtet. Die Frage der Repräsentativität der Ergebnisse wurde dennoch gestellt, vom «Tages-Anzeiger» noch zugespitzt: Unter Mitberücksichtigung der Nichtwahlberechtigten hätten nur 7,3 Prozent der Bevölkerung die Wahlsiegerin SVP gewählt. Ob eine Wahlpflicht etwas ändern würde?

Bei unserer zur WG mutierten Familie gehört die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen zu den Ämtli, genauso wie Kochen und Katzenfüttern. Beim älteren Sohn war dies kein Thema. Der Jüngere tat sich schwerer. Sein erstes Abstimmungscouvert landete vor meiner Nase mit einem «füll es doch selbst aus, wenn es dir so wichtig ist».

Wir gingen damals die Abstimmungsthemen gemeinsam durch. Nach einer

Weile füllte er die Zettel aus – unter Wahrung des Wahlgeheimnisses. Heute ist Abstimmen so selbstverständlich wie Katzenfüttern. Unser Jüngster beteiligt sich sogar an politischen Diskussionen, bei denen er früher das Weite suchte.

Unser Sohn scheint die Argumente für eine Wahlpflicht geradezu ideal zu betätigen. Erstens, wer (sanft) gezwungen wird, sich mit einer Sache zu beschäftigen, entwickelt auch ein Interesse dafür. Zweitens erhöht eine Pflicht die politische Mitwirkung langfristig.

Ein einzelner Datenpunkt ist keine valide empirische Evidenz. Zudem ist der Wirkungsmechanismus nicht eindeutig: Vielleicht war es der familiäre Stimmdruck, der sein Interesse weckte. Mindestens genauso gut möglich, dass er einfach älter und weiser geworden ist und auch ohne sanften Zwang wählen würde.

Tatsächlich zeigen Michael Bechtel, Dominik Hangartner und Lukas Schmid mit Daten aus schweizerischen Kantonen, dass eine Wahlpflicht das Wahlverhalten der Bürger und Bürgerinnen nicht nachhaltig verändern kann. Zwar erhöhte eine Wahlpflicht die Beteiligung bei früheren eidgenössischen Volksabstimmungen um rund 30 Prozentpunkte. Der Effekt ging jedoch nach Ende der Wahlpflicht schnell wieder auf null zurück. Die Forscher fanden auch keine Auswirkungen auf andere Formen der politischen Beteiligung.

Aus Kosten-Nutzen-Überlegungen ist allerdings nicht eine tiefe Wahlbeteiligung überraschend, sondern dass überhaupt so viele Menschen abstimmen gehen. Die Wahrscheinlichkeit, die Abstimmung beeinflussen zu können, ist verschwindend klein, während die Kosten der Informationsbeschaffung und des Wahlgangs real sind.

Die empirischen Untersuchungen zur Wahlpflicht – es gibt weder Gewohnheitsbildung noch langfristig negative Folgen eines Zwangs – scheinen dennoch im Einklang mit einem rationalen Muster der politischen Partizipation zu sein. Es muss also noch weitere Gründe haben.

So stimmen Menschen aus intrinsischer Motivation oder aus sozialen Gründen ab. In einer interessanten Arbeit untersuchte Patricia Funk die Auswirkungen einer brieflichen Stimmabgabe auf die Wahlbeteiligung in der Schweiz. Trotz der starken Senkung der Wahlkosten war der Effekt der Briefwahl auf die Wahlbeteiligung insgesamt gering. Weil die Briefwahl auch den sozialen Anreiz beseitigte, bei der Stimmabgabe gesehen zu werden.

In einer direkten Demokratie ist die Wahlbeteiligung ohnehin ein unvollständiges Mass für die politische Beteiligung. Sachgeschäfte mobilisieren jeweils unterschiedliche Kreise. Eine überlappende Beteiligung verwebt sich so zu einer breiteren Form der Partizipation.

Eine Kosten-Nutzen-Überlegung aus gesellschaftlicher Perspektive spricht gegen eine Wahlpflicht. Ein stärkeres Interesse an politischer Teilhabe lässt sich damit nicht erzeugen. Dafür gibt es schwer quantifizierbare gesellschaftliche Kosten, wenn Wählen nicht mehr als wertvolles Recht, sondern als Pflicht wahrgenommen wird. Es gibt bessere Wege, die politische Bildung zu stärken, so zum Beispiel in den Schulen.

Zu guter Letzt ist ein Verzicht auf eine Wahlpflicht auch eine schweizerische Lösung, welche die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen ins Zentrum stellt.

Unsere familiäre Wahlpflicht scheint da nicht so recht hineinzupassen. Doch

freiheitliche Lösungen bedeuten auch, dass Entscheidungen möglichst dezentral gefasst werden, zum Beispiel als sozialpartnerschaftliche Abmachungen. Und wie im wirtschaftlichen Bereich funktionieren freiheitliche und dezentrale Lösungen am besten, wenn Entscheidungsträger Verantwortung übernehmen.

Als Vorbild, zum Beispiel. So kam es, dass unser Jüngster sein Wahlcouvert schon vor Wochen ohne familiären Druck eingeworfen hatte, während mein Mann am letzten Sonntag eine phantastische Wanderung verpasste, um noch vor Mittag die Urne im Stadthaus zu erreichen.

Weiterlesen

KOLUMNE

Geld & Geist: Im Kampf gegen den Klimawandel sind Preissignale viel wirksamer als Rationierungen

Meine Mutter strich die Butter nicht, sie legte sie in Zentimeter dicken Scheiben aufs Brot. Sogar während Diäten. Der Grund: Wie andere Lebensmittel war Butter von 1939 bis 1948 in der Schweiz rationiert.

Monika Bütler

Nur für Sie

Alles anzeigen →



Warum Windkra in der Schweiz zu Scheitern verurte ist	INTERVIEW Sabrina Weiss, Gina Bachmann, Florian Wüstholz	«Ich war der Letzt der nur ein Tastenhandy hatte» – Wie tickewas sich ein die Sportstars der Gen Z?	INTERVIEW Remo Geisser, Eva Breitenstein (Interview), Andrea Zahler (Bilder)	Alijaj: «Ich kann mir vieles erlaube was sich ein normaler Politiker nicht herausnehmen könnte»	Bis über Spinne könne Till Hein Anja Burri und René Donzé
--	--	--	--	--	---

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.